



Dr. Johannes Christian Wichard



BDB-JAHRESTAGUNG 2015

Mehr Geld und mehr Zeit auf dem Weg zur Profession



Goslars Bürgermeister Axel Siebe

Goslar ist als UNESCO-Weltkulturerbe eine geschichtlich bedeutende Stadt. Sie sollte auch ein passender Ort für das jüngste Kapitel der BdB-Historie sein, denn es ging bei der Jahrestagung 2015 um nicht weniger als den Wechsel an der Spitze des Verbandes. Klaus Förter-Vondey trat nach 14 Jahren als Vorsitzender nicht erneut zur Wahl an. Das Zepter übernahm mit einem Votum von 88 Prozent sein Stellvertreter Thorsten Becker. Doch auch sonst erlebten die rund 350 Teilnehmer/innen drei bewegte Tage mit wichtigen Beschlüssen, vielen fachlichen Impulsen und konstruktivem Dialog mit der Politik.

Eine Tagung im Jahr eins nach der Jubiläumsveranstaltung zum 20-jährigen Bestehen des BdB verspricht zunächst keinen großen Glamour. Doch den brauchte es auch nicht, um der Folgeveranstaltung in Goslar seinen ganz eigenen Charakter zu geben. Mit „Profession entwickeln! Rechts- und Handlungsfähigkeit sichern“ überschrieb der BdB die Veranstaltung und setzte damit unmissverständlich die Klammer für seine ganzheitliche Perspektive: auf die Etablierung des eigenen Berufs und die Selbstbestimmung von Klient/innen. Der rote Faden zog sich von Qualität über Standards und Strukturen bis zu rechtlichen, fachlichen und materiellen Rahmenbedingungen. Viel Austausch und Diskussion machten dabei immer wieder deutlich: Der Weg zur Profession ist noch lang, aber die Richtung stimmt. Dies wurde spätestens beim Thema UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) klar. Erst wenige Tage zuvor hatte Deutschland vom UN-Fachausschuss u. a. attestiert bekommen, dass das deutsche Betreuungsrecht der Konvention widerspricht und dringend reformiert gehört

(siehe auch Artikel ab Seite 25). So zog in Goslar von Anfang an der Geist von Genf, dem Ort der Staatenprüfung, seine Runden durch die Tagungsräume des Hotels „Der Achtermann“.

Überhaupt sollte Goslar ein gutes Pflaster für Veränderungen sein. Der BdB-Vorsitzende Klaus Förter-Vondey klärte die Versammlung in seiner Eröffnungsrede über den jährlichen Verkehrsgerechtstag in der niedersächsischen Kleinstadt auf – und dass dieser es regelmäßig schaffe, Vorhaben auch in Gesetze zu bringen. Sein Transfer: „Wir gehen davon aus, dass 23 Jahre nach Einführung des Betreuungsrechts strukturelle Verbesserungen dringend notwendig sind. Deshalb freuen wir uns, dass das Bundesjustizministerium der Zusage der Bundesregierung im Koalitionsvertrag jetzt mit den angekündigten Untersuchungen auch Taten folgen lässt. Hierin liegt eine Chance, die wir mit unserem bis zum Ende der Legislaturperiode ausgerichteten Leit Antrag untermauern wollen“, so Förter-Vondey.

Zwei Forschungsprojekte des BMJV

Zu eben jenen Untersuchungen nahm anschließend Ministerialdirigent Dr. Johannes Christian Wichard aus dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) Stellung: „Die Praxis der Betreuung muss der UN-Konvention Rechnung tragen. Die Wahrung und Stärkung hilfebedürftiger Erwachsener steht deshalb im Zentrum zweier Forschungsprojekte. Neben einer rechtstatsächlichen Untersuchung, mit der wir Hindernisse bei anderen Hilfen identifizieren wollen, geht es in der zweiten Studie darum, ob es strukturelle Defizite bei ehrenamtlicher und beruflicher Betreuung gibt. Hier steht die Qualität im Fokus und die Frage, ob die Stundensätze den tatsächlichen Aufwand abbilden“, so Wichard. Dem BdB dankte er für dessen angekündigte Kooperation und sagte: „Wir sind auf den Dialog mit der Praxis angewiesen.“

Auch Rainer Petzold, Abteilungsleiter aus dem Justizministerium Niedersachsen, begrüßte die



Prof. Dr. Flemming Hansen



Rainer Petzold



Klaus Förter-Vondey



Peter Winterstein



Prof. Dr. Heribert Prantl

geplanten BMJV-Studien, vor allem in Bezug auf die materielle Misere. Zum Spannungsfeld der steigenden Anforderungen und der mangelhaften Rahmenbedingungen gab er klar zu verstehen: „In der gerichtlichen Praxis sehen wir, dass ein Großteil der Betreuer über eine hohe Qualifikation verfügt und sich trotz großer Belastungen regelmäßig fortbildet und sich in Büros zusammenschließt. Nach zehn Jahren Stagnation bei den Stundensätzen freuen wir uns auf verlässliche Untersuchungsergebnisse, auch was die Stundenzahl angeht“, so Petzold. Im niedersächsischen Landtag, so verriet er abschließend, lägen aus den Fraktionen von CDU und FDP bereits Anträge auf Vergütungserhöhung vor.

Einer, für den es in puncto Zeit und Geld keines Beweises mehr bedarf, ist Peter Winterstein. Der Vorsitzende des Betreuungsgerichtstages betonte: „Die Rahmenbedingungen sind nicht darauf

ausgerichtet, Betroffenen Beratung und Unterstützung wie im Gesetz gedacht zukommen zu lassen. Fremdbestimmen ist einfach und zeitsparend, aber ist nicht im Sinne des Gesetzes“, stellte Winterstein klar. Vor diesem Hintergrund begrüßte er auch das Tagungsmotto des BdB: „Ein guter Mensch zu sein, reicht nicht. Ausbildung und Zulassung sind nur per Gesetz möglich.“ Insbesondere beim Thema Zwangsbehandlung gestaltet sich die Aufgabe, den Willen zu erkunden und die Selbstbestimmung zu achten, als besonders anspruchsvoll für Betreuer/innen. Umso erfreulicher das Lob von Ruth Fricke, Vorsitzende des Bundesverbandes Psychiatrie-Erfahrener (BPE) an die Versammlung: „Ich finde es wichtig, dass ihr Verband viel Wert auf Qualitätsentwicklung legt. Bei Zwangsmaßnahmen sind BPE und BdB eng beieinander, und ich hoffe auf weitere gute Zusammenarbeit!“

„Betreuung wurde und wird totgespart“
 Noch mehr „Rückenwind“ für eine starke Profession gab es schließlich vom renommierten Journalisten Heribert Prantl von der Süddeutschen Zeitung (SZ). Er griff in seinem Vortrag die zahlreichen Schief lagen im Sozialsystem und auch in der Betreuung auf. Das Mitglied der SZ-Chefredaktion analysierte pointiert, scharfzüngig und nachdenklich gesellschaftspolitische Entwicklungen – und erntete dafür viel Applaus. „Ich bin der festen Überzeugung, dass sich darin, wie unsere Gesellschaft mit den alten und sehr alten Menschen umgeht, die Zukunft unserer Gesellschaft entscheidet. Ich glaube nämlich, dass unsere Gesellschaft etwas sehr Wichtiges lernen muss – und dass ganz besonders Berufsbetreuer zu den Lehrern gehören.“ Sein Plädoyer für eine professionelle Unterstützung hilfebedürftiger Menschen knüpfte der ehemalige Richter direkt an das 1992 ins Leben gerufene Betreuungsrecht an. Prantl: „Ein Leuchtturmggesetz, das die Entmündigung abgeschafft und es den Richtern aufgegeben hat, für spezifische Problemlagen individuelle Betreuungslösungen zu finden.“ Das Gesetz habe zwar das richtige Signal zur richtigen Zeit gesetzt,



Foto links: Erste Gespräche: Thorsten Becker und Georg Lütter (BMJV)

Foto rechts: Dr. Harald Freter stellt den neuen BdB-Referenten für Öffentlichkeitsarbeit Michael Holtfoth (re.) vor (siehe auch S. 36)

dialog & diskussion



doch die Zeit habe es nicht begriffen. Prantl kritisierte: „Das Betreuungsgesetz wurde und wird totgespart. Gute Betreuung gibt es nicht umsonst, und das Ehrenamt ist kein billiger Ersatz für den Sozialstaat.“ Ergo sei der starke Staat für ihn einer, der Betreuung „nicht nur mit Peanuts belohnt“.

Damit sprach Prantl in seiner später viel gelobten Rede das an, worin der BdB zwingende Voraussetzungen für Qualität sieht: ausreichend Zeit und Geld – und das sofort. Ohne dies könne der Weg zur Profession und zu mehr Selbstbestimmung für die Klient/innen nicht gelingen. Eine Kausalität, die auch Klaus Förter-Vondey in seinem Eröffnungsvortrag skizzierte. Die Betreuung bringe die notwendige Qualität und Fachlichkeit mit, um bei den Klient/innen Selbstverantwortung zuzurüsten, sie in ihrer internen Disposition zu stärken. Seine Forderungen: „Strukturelle Verbesserungen müssen vor allem bei den Klient/innen ankommen. Betreuung sollte als unabhängige Unterstützung verstanden werden, dazu braucht es auch einen neuen Behinderungsbegriff – weg von einem medizinischen hin zu einem sozialen.“ Daneben gelte es, so Förter-Vondey, die Professionalisierung durch Zulassungsverfahren und Betreuungsmanagement voranzutreiben und einen sozialrechtlichen Anspruch auf Besorgungsleistungen zu verankern. „Um das aber leisten zu können, sind materielle Verbesserungen für die Betreuung zwingende Voraussetzung“, schlussfolgerte Förter-Vondey.

Dass der BdB auf einem guten Weg der Professionalisierung z. B. durch das Qualitätsregister oder mit der Idee einer Berufskammer ist, bescheinigte

Prof. Dr. Flemming Hansen (Ostfalia Hochschule für Angewandte Wissenschaften Braunschweig/Wolfenbüttel) dem Auditorium. Er referierte über Standards in der sozialen Arbeit und die Herausforderungen, diese für die Betreuung zu entwickeln. „Rechtlich wird der Klient als Objekt von Fürsorge gesehen, sozial als Subjekt, das für Hilfeleistungen aktiv werden muss. Daher braucht es Verfahren, die den nicht-technischen Kern von Betreuung nicht so stark angreifen.“ Im besten Fall, so Hansen, seien Standards „Handlungskorridore und Kommunikationsbrücken“.

Um die Perspektiven von Qualität in der Betreuung ging es auch in der abschließenden Podiumsdiskussion mit den behindertenpolitischen Sprecher/innen der Bundestagsfraktionen und dem am Vortag frisch gekürten BdB-Vorsitzenden Thorsten Becker. Neben den Konsequenzen der Staatenprüfung zur UN-BRK (Statements hierzu siehe Seite 27) tauschte sich die Runde auch zu den strukturellen Veränderungen im Betreuungsrecht aus, so wie es der Koalitionsvertrag der Bundesregierung vorsieht. Uwe Schummer (CDU/CSU) erklärte: „Ich hoffe, dass sich der Handlungsdruck durch die Untersuchungen des BMJV und den UN-Staatenbericht verschärft und sich noch in dieser Legislaturperiode etwas tut. Entscheidend ist aber, dass Bund und Länder sich einig werden.“ Dem entgegnete Thorsten Becker: „Die Strukturen in der Betreuung in Ruhe anzugucken, ist das eine. Dies steht aber im krassen Gegensatz zu unseren schlechten Rahmenbedingungen. Wir haben die Mittel für eine Unterstützte Entscheidungsfindung in der Hand, aber nicht die Zeit und das Geld, dies umzusetzen. Daher fordern



wir sofort mehr Zeit und Geld“, so der Vorsitzende unter großem Applaus. Ihm zur Seite sprang Corinna Ruffer (Bündnis 90 / Die Grünen): „Um unzureichende Vergütung und mangelnde Zeit nachzuweisen, braucht man keine Tatsachenforschung, sondern politischen Willen. Da würde ich als BdB mit Verve auf dem Gaspedal bleiben und mich nicht ablenken lassen.“ In anderen Worten formulierte Jörn Wunderlich (Die Linke) seine Kritik an den Regierungsparteien: „Bei der Vergütung haben wir kein Erkenntnis- sondern ein Umsetzungsproblem. Da muss man einfach rangehen.“ Becker schilderte noch einmal das Dilemma, das die konkrete Forderung von zunächst 54 Euro pro Stunde und fünf Stunden pro Fall begründet: „Wir können uns nicht einfach durch mehr Fälle retten, es gehen reihenweise Betreuer in die Insolvenz, das ist Deprofessionalisierung“, so der BdB-Vorsitzende.

„Große Koalition“ für mehr Geld und Zeit?

Tatsächlich schien sich in diesem Punkt so etwas wie die große Koalition von Goslar zu bilden – und

STIMMEN UND STIMMUNGEN



Regina Keyser
(Mühlhausen/Thüringen)

„Es ist immer wieder schön, viele Kolleginnen und Kollegen hier zu treffen und sich auszutauschen. Herr Prantl hätte ruhig länger sprechen können.“



Marco Thoma
(Westengrund/Bayern)

„Das war meine vierte Teilnahme an der Jahrestagung, und wieder fand ich sie sehr gelungen. Insbesondere aus der AG 1 zum Thema Recht konnte ich vieles mitnehmen.“



Josef Hartmann
(Bergen/Niedersachsen)

„Die Tagung ist immer gut, um den Kopf aus dem Klein-Klein des Alltags zu erheben und sich die gesellschaftlichen Widersprüche klarzumachen. Gut, dass der BdB die dicken Bretter bohrt, so auch beim Thema Vergütung. Es stört mich, dass die Politik erst die Missstände untersuchen muss, die Fakten liegen auf dem Tisch!“



Jochen Grimm
(Krailling/Bayern)

„Titel und Inhalt der Tagung waren ein Volltreffer. Ich bin dadurch auch etwas ins Grübeln geraten, wie ich mich perspektivisch mit meinem Betreuungsbüro aufstelle. Die Frage ist: Will und kann ich unter diesen Rahmenbedingungen bis zur Rente weitermachen? Räumlich fand ich die Tagung diesmal etwas zu unübersichtlich.“



Stellten sich den Fragen von Moderatorin Anne Heitmann (Mitte): Corinna Ruffer, Jörn Wunderlich, Thorsten Becker und Uwe Schummer (v.l.n.r.)

die unterstrich, dass es in Sachen Finanzierung bei den Bundesländern klemmt. „Wenn es nach dem Bund geht, wäre das Geld da. 54 Euro finde ich realistisch und auch umsetzbar. Deshalb lasst uns darüber reden, wie wir solch ein Hilfspaket anschieben können. Aber helfen Sie mit, dass jedes ihrer Länder genauso mit dabei ist“, rief Schummer den BdB-Mitgliedern zu. Eine Vorlage, die Wunderlich vor 350 Zuhörer/innen dankend annahm: „Herr Schummer, wir könnten uns also nach der Diskussion hinsetzen und einen Antrag schreiben, der Bund könnte die Anregung in die Länder geben, am besten fraktionsübergreifend.“ Zur Tatsache, dass es seit 2005 keine Erhöhung bei den Stundensätzen gegeben hat, scherzte Wunderlich: „Wir müssen ja froh sein, dass Sie nicht wie die Gewerkschaft der Lokführer organisiert sind.“ Zum Ende der Diskussionsrunde schloss sich denn auch der Kreis zum Tagungsthema Professionalisierung. „Ich finde es sinnvoll, dass Professionalisierung nicht politisch entwickelt wird, sondern von Ihnen selbst“, ermutigte Uwe Schummer die Versammlung. Grünen-Vertreterin Ruffer betonte, dass eine

Profession Betreuung auch das politisch gewollte Ehrenamt stärke. Beeindruckt vom großen Zuspruch aus Berlin schloss Thorsten Becker die Gesprächsrunde: „Ich haue jetzt mal auf den Putz und erwarte von Ihnen eine gemeinsame Erklärung. Wir starten im Herbst unsere Kampagne und werden die Mitglieder mobilisieren. Dann hätten wir vielleicht schon 2016 mit mehr Geld und mehr Stunden den gewünschten Erfolg. Für die längerfristigen strukturellen Veränderungen gilt: Der BdB beteiligt sich konstruktiv an den Untersuchungen.“

Fazit der Jahrestagung 2015? „Es war atmosphärisch sehr angenehm, alle Beteiligten sind konstruktiv und respektvoll miteinander umgegangen. Aus der Politik waren starke Signale zu empfangen. Wir spüren deutlich mehr Anerkennung für unsere Arbeit und unsere Positionen“, erklärte der neue BdB-Vorsitzende Thorsten Becker beim Blick in den „Rückspiegel“. (js)

Die nächste Jahrestagung findet vom 21.-23. April 2016 in Bad Kissingen statt.



Brigitte Nelles
(Berlin)



„Ich freue mich immer auf die Tagung. Die AG-Angebote haben mich diesmal sehr angesprochen. Bei den Reden und Vorträgen stelle ich den Trend fest, dass immer mehr Entscheidungsträger gern zu uns kommen. Keine Spur mehr von verstohlenen Grußworten.“

Meike Fischer
(Uelzen/Niedersachsen)



„Die Eröffnungsvorträge haben mich gepackt. Vor allem Herr Prantl war mitreißend und inspirierend.“

Prof. Reiner Adler
(BdB-Beirat für Qualitätsentwicklung/
Ernst-Abbe-Hochschule Jena)



„Die gute Botschaft ist, dass wir mit dem Betreuungsrecht noch lange leben werden, die Ministerien haben es nicht aufgegeben. Der BdB muss jetzt das Gesetz in kleinen Schritten mit seiner langfristigen Vision der Professionalisierung zusammenbringen. Die Idee der Kammer z. B. ist ein guter Ansatz.“

Margrit Kania
(BAGüS/Sozialbehörde Bremen)



„Eine sehr gelungene Veranstaltung mit interessanten Arbeitsgruppen und Foren. Nach der Podiumsdiskussion habe ich wieder etwas Hoffnung, dass sich etwas ändert. Klar geworden ist aber auch, dass die Länder dabei eine entscheidende Rolle spielen.“